

Feuer im Dach der Fluglärmgegner

Scharfe Kritik am Chef der Südschneiser: Mit seinem Gegenvorschlag stranguliere er den Flughafen, sagt der Chef des Schutzverbands.

ZÜRICH – Thomas Morf, Präsident der im VFSN organisierten Südanfluggegner, versuchte alles, um den Kantonsrat davon abzuhalten, der Behördeninitiative zuzustimmen, die ein Pistenausbaubeschluss verlangt. Vergeblich. Das Parlament stimmte am 23. Februar zu. Weil das Kantonsratsreferendum ergriffen wurde, kommt es zur Volksabstimmung. Dann folgte die Überraschung: Die Südschneiser lancierten ebenfalls ein Referendum – in Form eines Gegenvorschlags («Landbote» vom Mittwoch). Sie übernehmen das zuvor kritisierte Ausbaubeschluss, ergänzen es aber mit einem Verbot von Flugrouten, die erst seit 2000 geflogen werden. Südanflüge wären so nicht mehr zulässig.

Dieses Vorgehen hat Peter Staub, selber Fluglärmgegner und seit 17 Jahren Präsident des Flughafenschutzverbands, auf die Palme gebracht. In einem offenen Brief an die Medien kritisiert er Morf scharf. «Der Gegenvorschlag schießt weit über das Ziel hinaus», schreibt Staub, selber Verfechter des Pistenausbaubeschlusses. Damit mache sich Morf zum «Killer» des Flughafens. Was da verlangt werde – keine Flüge über dicht besiedeltes Gebiet wie den Süden –, lasse sich gar nicht realisieren, ohne den Flughafen wirtschaftlich zu strangulieren. Die deutschen Sperrzeiten seien nun einmal Tatsache und es gehe nicht an, dass der Süden einseitig für sich beanspruche, eine fluglärmfreie Zone zu werden. Vor allem wirft Staub dem Südschneiser-Chef auch vor, unehrlich zu taktieren, wenn er nun vorgebe, ebenfalls für einen Pistenausbau zu sein. So habe Morf die Option einer verlängerten Ostpiste bisher stets

befürwortet. «Morf will mit seiner Taktik nur erreichen, dass das Volk am Schluss beides verwirft, Behördeninitiative und Gegenvorschlag», sagt Staub und warnt vor dem Referendum: «Wer das unterschreibt, stranguliert den Flughafen.»



«Wer das unterschreibt, stranguliert den Flughafen»

Peter Staub

Morf konterte gestern ebenfalls mit einem offenen Brief, worin er sich darüber beklagt, als «Killer» bezeichnet zu werden. Er sei nicht gegen den Flughafen. Aber der Gegenvorschlag solle dafür sorgen, dass nicht nur alle andern Regionen, sondern auch der Süden

etwas erhalte. Ein Wendehals sei er nicht, denn er habe immer gesagt, dass er einer verlängerten Ostpiste nur dann zustimme, wenn dadurch insgesamt weniger Leute belästigt würden. Da sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag die Regierung zu nichts verpflichteten, könne von einer Strangulation des Airports keine Rede sein.

Abstimmung verschiebt sich

Ralph Weidenmann, Präsident von Bürgerprotest Fluglärm Ost, interpretiert den Gegenvorschlag und Schwenker als Versuch der Südschneiser, am Erfolg der Initiative zu partizipieren. Ihre Taktik gehe aber nicht auf, da das Volk wohl die mildere Initiative bevorzuge. Sicher ist, dass sich wegen des Referendums der Abstimmungstermin vom September verschiebt. Realistisch ist ein Datum erst 2010. Das bedeutet, dass im September isoliert über die «Fairflug» (Verteilinitiative) abgestimmt wird. THOMAS SCHRANER

Mordanklage gegen Hönegger Schützen

ZÜRICH – Der zur Tatzeit 21-Jährige, der am Abend des 23. Novembers 2007 mit seinem Sturmgewehr eine 16-Jährige an der Bushaltestelle «Höneggerberg» in Zürich erschossen hat, wird des Mordes angeklagt. Weitere Anklagepunkte betreffen Gefährdung des Lebens (des Freundes und Begleiters des Opfers) sowie militärstrafrechtliche Delikte (Diebstahl einer Pistole und von Patronen sowie Missbrauch von Armeematerial). Wie der Leitende Staatsanwalt Ulrich Weder gestern auf Anfrage sagte, liegt das Strafmass für Mord zwischen 10 Jahren Freiheitsentzug und lebenslänglich. Der Angeklagte sei geständig. Zum Motiv machte Weder keine Angaben. Ob die Verteidigung auf vorsätzliche Tötung (zwischen 5 und 20 Jahren Gefängnis) plädiert wird, ist noch nicht bekannt. Der Angeklagte sitzt seit knapp anderthalb Jahren in Haft. Er ist psychiatrisch begutachtet worden. Was herauskam, ist unbekannt. Der Prozess soll im Spätsommer oder Herbst stattfinden. (pu)

Lunge entzündet: Fuhrer im Spital

ZÜRICH – Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer (SVP) befindet sich wegen einer Lungenentzündung im Spital. Die 55-jährige Regierungsrätin (Bild) befindet sich seit Wochenbeginn in stationärer Behandlung im Krankenhaus, bestätigte ihre Direktion gestern einen Bericht von «Radio ZüriSee». Nach momentanem Wissensstand werde Fuhrer ihre Tätigkeit nächste Woche noch nicht wieder aufnehmen können. Der Krankheitsverlauf sei aber nicht besorgniserregend. Ihre Geschäfte übernimmt vorübergehend ihr Stellvertreter, Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP). (ap/red)



Regierung hält an RPK-Regeln fest

ZÜRICH – Der Regierungsrat sieht keinen Grund, über die neuen Regeln für die Rechnungsprüfungskommissionen (RPK) in den Gemeinden zu überarbeiten. Dies schreibt er in der Stellungnahme zum Dringlichen Postulat, das der Oberstammheimer Gemeindepräsident und FDP-Kantonsrat Martin Farner als Erstunterzeichner lanciert hat. Farner kritisiert, dass die neuen Anforderungen für RPK-Mitglieder zu hoch seien und durch die Rechnungsprüfung durch externe Profis Mehrkosten entstehen («Landbote» vom 13. und 17. Februar). Die Prüfungskosten würden in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern «von bisher rund 6 bis 10 Franken auf rund 8 bis 12 Franken pro Einwohner» steigen, rechnet der Regierungsrat nun vor. Im Verhältnis zum jährlichen Gesamtaufwand von 3000 bis 8000 Franken pro Einwohner sei diese Zunahme gerechtfertigt. Als Nächstes wird der Kantonsrat über den Vorstoss entscheiden. (bā)

INKÜRZE

Sattelschlepper umgekippt

HIRZEL – Ein 44-Tonnen-Schlepper ist gestern Morgen aus noch nicht geklärten Gründen in einer Linkskurve auf die Seite gekippt. Verletzt wurde niemand. Die Strasse musste mehrere Stunden gesperrt werden.

Vandalen haben gewütet

DÜBENDORF – Zehn Autos und ein Lieferwagen sind am frühen gestrigen Morgen beschädigt worden. Es entstand ein Sachschaden von 45000 Franken. Die unbekanntesten Täter setzten unter anderem die Führerkabine des Lieferwagens in Brand. (sda)

2019 soll die Limmattalbahn in Betrieb sein

Um das boomende Limmattal vor dem Verkehrskollaps zu bewahren, planen die Kantone Zürich und Aargau eine 13,5 Kilometer lange Stadtbahn von Zürich Altstetten nach Killwangen AG.

GEROLDSWIL – Die Kosten werden auf 600 bis 700 Millionen Franken geschätzt, wie Gesamtprojektleiter Cyrill Weber gestern an einer Medienkonferenz zum Start der Planungsarbeiten sagte. Gemäss Terminplan sollen 2016 die Bagger auffahren und drei Jahre später die ersten Passagiere fahren – allenfalls nur auf einer Teilstrecke. Die Bahn wird zu einem Viertel auf Aargauer und den Rest auf Zürcher Gebiet fahren. Statt wie ursprünglich geplant nur bis zum Farbhof in Zürich wird das Trasse bis zum Bahnhof Altstetten verlängert, um eine Verknüpfung mit dem S-Bahn-Netz zu erreichen.

Varianten in Dietikon

Noch offen ist die Linienführung im Zentrum Dietikons, verschiedene Varianten werden noch geprüft. Einem Wunsch der Gemeinden entsprochen wurde mit der Platzierung einer Haltestelle vor dem Spital Limmattal. Der Entscheid, welches Transportsystem zum Einsatz kommt, steht noch aus. Zur Diskussion stehen gemäss Weber Ein- und Zweirichtung-Stadtbahnen sowie eine spurgeführte Pneustadtbahn.

Der Aargauer Landammann Peter Beyeler und ZVV-Direktor Franz Kagerbauer betonten die Bedeutung der

neuen Bahn für das «dynamische Limmattal». Die Region habe ein beachtliches Entwicklungspotenzial, sagte Kagerbauer. Gemäss Prognosen werde die Einwohnerzahl bis 2025 von 125000 auf rund 140000 ansteigen. Bei den Arbeitsplätzen wird ein Zuwachs um 40 Prozent auf 105000 erwartet. Das Strassennetz stosse an Knotenpunkten bereits heute an die Kapazitätsgrenze und könne nur noch punktuell ausgebaut werden. Die Limmattalbahn biete eine Perspektive für eine «nachhaltige und sinnvolle Bewältigung der gesteigerten Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung», sagte Kagerbauer.

Der Bund hat eine erste Etappe der Bahn vom Farbhof bis nach Schlieren

ins Programm Agglomerationsverkehr aufgenommen. Die Kantone Zürich und Aargau bemühen sich nun aber darum, dass das gesamte Projekt aufgenommen wird und einen Beitrag aus dem Infrastrukturfonds erhält.

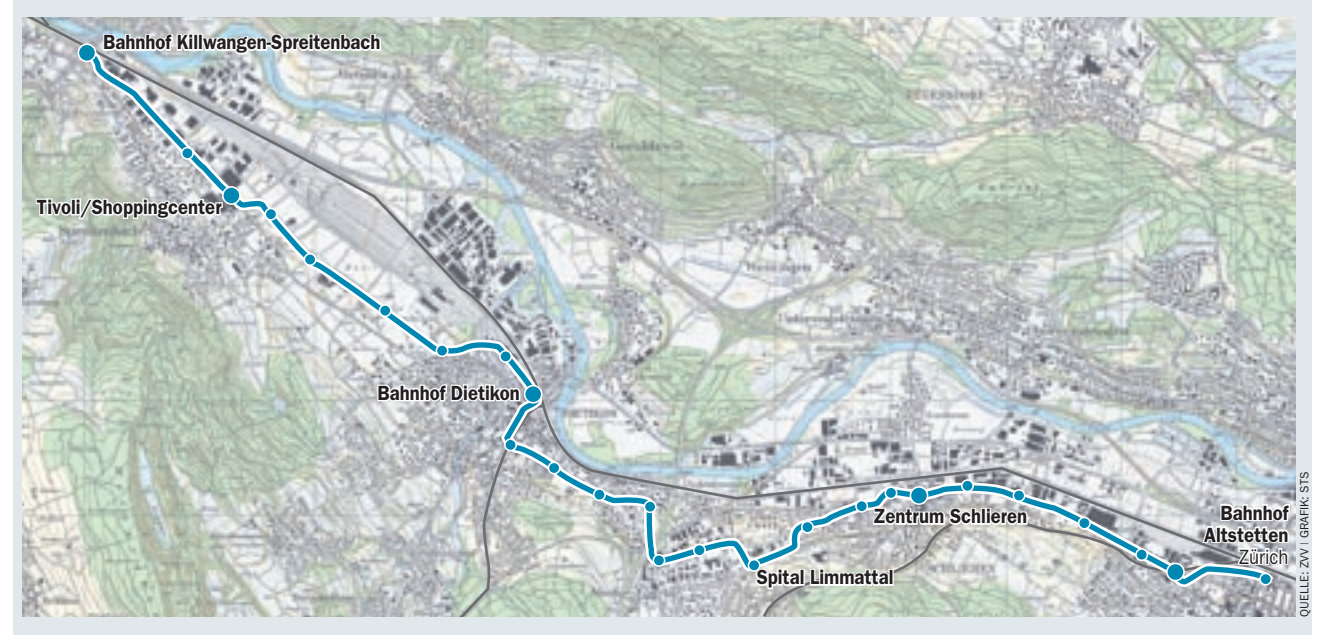
Eine Aufteilung in einzelne Teilstrecken erscheint nach Ansicht von Kagerbauer aus planerischer und ökonomischer Sicht «wenig sinnvoll». Der Bund sei grundsätzlich bereit, eine Mitfinanzierung der Bahn zu prüfen, aber nicht vorbehaltlos, sagte Georg Tobler vom Bundesamt für Raumentwicklung. Die Region müsse mit koordinierten, griffigen Massnahmen die Siedlungsentwicklung auf die neuen Haltepunkte lenken. Die Bahn müsse

überdies optimal ins übrige Netz des öffentlichen Verkehrs, des motorisierten Individualverkehrs und des Langsamverkehrs integriert sein.

Verlängerung nach Baden?

Der Aargauer Regierungsrat hat vom Kantonsparlament den Auftrag erhalten, eine Verlängerung der Stadtbahn bis nach Baden zu prüfen. Regierungsrat Beyeler hält dies in dem dicht besiedelten Gebiet zwischen Killwangen und Baden für schwierig. Es sei nicht nur für die Bauingenieure, sondern auch für die Raumplaner eine Herausforderung. Und schliesslich sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu prüfen, sagte Beyeler weiter. (sda)

DAS PROVISORISCHE TRASSE DER LIMMATTALBAHN



Zünfte mit Merz und Gress, Frauenzunft mit Gnädinger

Das diesjährige Sechseläuten vom 20. April wartet einmal mehr mit zahlreichen prominenten Ehrengästen auf.

ZÜRICH – Die Landesregierung ist mit Bundespräsident Hans-Rudolf Merz vertreten. Er wird als Gast der Zunft Wiedikon dem Zürcher Frühlingfest beiwohnen, wie das Zentralkomitee der Zünfte Zürichs (ZZZ) gestern mitteilte. Aus Bern anreisen wird zudem der neue Armeechef André Blattmann. Nebst prominenten Wirtschaftsvertretern werden Fussballtrainerlegende Gilbert Gress sowie die Komiker Beat Schlatter und Fabian Unteregger erwartet. Gastkanton ist dieses Jahr Schaffhausen. Unter dem Motto «Ein kleines Paradies» lade der nördlichste Kanton zu einer Entdeckungsreise für die ganze Familie.

Er will sich in Zürich als «lebenswerte Alternative zur Grossagglomeration» präsentieren.

Die Zürcher Frauenzunft feiert am diesjährigen Sechseläuten ihren 20. Geburtstag. Aus Schaffhausen hat sie Stadträtin Jeannette Storrer sowie Schauspieler Matthias Gnädinger eingeladen. Die Zürcher Stadträtin Ruth Genner (Grüne) und Stadtrat Gerold Lauber (CVP) werden im Umzug der Frauen die Stadtzürcher Regierung vertreten. Dies teilte die Gesellschaft zu Fraumünster kürzlich mit. Auch 2009 ist die 1989 gegründete Frauenzunft am offiziellen Zug der Zünfte nicht zugelassen. Sie zieht deshalb eine halbe Stunde früher durch die Strassen der Innenstadt. Die Ehrung am Vormittag gilt der Fraumünster-Äbtissin und Mäzenin der Manesse-Handschriften, Elisabeth von Wetzikon. Sie lebte von 1235–1298. (sda)

Puffmutter muss MwSt. nachzahlen

LAUSANNE – Die Betreiberin eines Bordells in Zürich muss auf den Umsätzen aus ihrem Etablissement Mehrwertsteuer zahlen. Das Bundesgericht hat ein weiteres Mal bestätigt, dass auch sittenwidrige Geschäfte steuerpflichtig sind. Die Eidgenössische Steuerverwaltung hatte im Jahr 2002 von der Bordellbetreiberin 95000 Franken Mehrwertsteuer für Umsätze aus ihrem Haus nachgefordert.

Vor Bundesgericht hatte die Frau erfolglos argumentiert, dass der Dirnenlohn als sittlich missbilligtes Geschäft gar nicht Gegenstand der Mehrwertsteuer bilden könne. Das Gericht erinnert daran, dass im schweizerischen Steuerrecht der Grundsatz der Wertneutralität gilt. Damit würden selbst Umsätze aus illegalen Tätigkeiten wie etwa Drogenhandel von der Mehrwertsteuer erfasst. (sda)

Ärzte müssen sich weiter gedulden

ZÜRICH – Der Regierungsrat wird die im Herbst vom Volk gutgeheissene Volksinitiative «Ja zur Wahlfreiheit der Medikamentenabgabe» nicht vorzeitig umsetzen. Abgewartet werde der Entscheid des Bundesgerichts zu Beschwerden der Apotheker. Zwei FDP-Kantonsräte hatten sich in einer Anfrage erkundigt, ob eine rasche Umsetzung trotz des hängigen Verfahrens möglich sei. Dies erscheine auch abgesehen von der rechtlichen Beur-

teilung nicht sinnvoll, hält der Regierungsrat fest. Wegen hoher Investitionen müssten sich Ärzte, die neu eine Privatapotheke planten, darauf verlassen können, dass die neue Regelung der Abgabeberechtigung Bestand hat, schreibt die Regierung. Aufgrund der hängigen Beschwerden sei es auch derzeit nicht möglich, einen konkreten Zeitplan auszuarbeiten. Angestrebt werde weiterhin eine Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2010. (sda)